

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Druke,
Invalideudank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann,
Eberfeld W. Thiens, Greifswald G. Jilke, Halle a. S.
Joh. Dörk & Co. Hamburg Joh. Nothhaar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

Abend-Ausgabe.

besorgen, so daß der Fluchtversuch und der Gebrauch der Waffe zur Verhütung desselben ausgeschlossen wäre."

besorgen, so daß der Fluchtversuch und der Gebrauch der Waffe zur Verhütung desselben ausgeschlossen wäre."

Die „Post. Ztg.“ jagt: „Im Jahre 1892 ist einstimmig von der Budgetkommission und vom Reichstag ein Beschluß angenommen worden, daß eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Revision der Bestimmungen über den Gebrauch der Schießwaffen durch die Militärposten dringend verlangt. Diese Vorschriften geben, so wie sie für den vorliegenden Fall in Betracht kommen, dahin, daß der Patronelle „aus eigenem Recht“ jeder Zeit der Gebrauch der Waffen gestattet ist, zur Vereitelung der Furcht bei Furchtverbrechen von Personen, die als Gefangene zur Bewachung oder Transportirung anvertraut oder ergriffen und festgenommen sind“. Der Ausfluß dieses Beschlusses gegenüber blieb die Militärverwaltung zurückhaltend. Sie war damals im Reichstag durch Generalmajor v. Goltzen den jetzigen Kriegsminister, vertreten, der erklärte, daß sich vom rein militärischen Gesichtspunkt aus die Bestimmungen über den Waffengebrauch, die seit 55 Jahren befindlich, bewährt hätten. Im Volke aber denkt man darüber anders. Wenn dem Gebrauche von Schußwaffen, namentlich des neuen Militärgewehrs mit seiner Anfangs um Durchschlagskraft ist es dem bürgerlichen Empfinden nicht erträglich, um die Teilnahme eines der Günstigsten öffentlichen Verkehrswege zu flucht benutzenden Arrestanten zu erleichtern oder zu ermöglichen, den Vorübergehenden der Gefahr um Leib und Leben ausgesetzt zu sehen. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Wenn den „Messerhelden“ ein solches Geheiß ertheilt hätte, während er eines Mitmenschen Leben um Gesundheit bedrohte, so würde sich wohl Niemand finden, der besonderen Antheil an seinem Schicksal nähme. Aber auch wegen solcher schweren Verbrechen darf bekanntlich heute zutage Niemand, auch kein Soldat, ohne Urtheil der Todesstrafe vollziehen. Es ist deshalb ein ganz anormaler, mit unserer Gesetzgebung gar nicht zu vereiniger Zustand, daß wegen einer geringen Uebertretung und wegen eines flüchtigen Verurtheils, der wahrscheinlich den Betreffenden in diesem Falle nicht einmal der Bestrafung entzogen hätte, jener Mann sofort niedergebrosen werden dürfte unter Umständen, die für eine Anzahl ruhiger Bürger direkte Lebensgefahr mit sich brachten. Wir sind überzeugt, daß, wenn einmal bedenkenrührende bei solcher Gelegenheit eine hochgestellte Persönlichkeit vorliegend vor der Kugel der schießenden Soldaten getroffen werden sollte, eine Abänderung der Vorschriften über den Waffengebrauch der Militärpersonen alsbald zu Stande kommen würde.“

— Als Württemberg, 27. Juli, wird be-
"Nat.-Ztg." geschrieben: "Erst jetzt lassen sich
die traurigen Verheerungen in ihrer vollen
Schwere überschauen, die das Unwetter vom 1.
Juli im sonst so fruchtbaren Unterlande an-
gerichtet hat. Die antischen Schädigungen sind un-
in vollen Gange. Das Bild, welches das
Statistische Landesamt in seinen neuesten Mit-
theilungen von den Verwüstungen entwirft, ist
ein überaus trauriges. Danach ist Württem-
ber in früheren Jahren wohl schon von ausgie-
breiteten Hagelwettern heimgesucht worden, je-
namentlich im Jahre 1872, wo das Schaden-
feld 150 000 Hektar umfaßte. Diesmal handel-
es sich um ein Schadenfeld von 53 900 Hektar.
Allein bei keinem einzigen der geschichtlich nach-
weisbaren Hagelwetter war bisher die Zone der
gänzlichen Verhagelung so groß wie bei dieser
jüngsten. Es sind nicht weniger als 42 Gemeinde-
markungen mit Schloßen von der Größe von
Dühner- und Ginkelfeeren 20—25 Minuten lan-
ge überschüttet worden, bis alle Pflanzkraft in die
Boden hinein vernichtet, alle Weibische bis an
die Wurzel, alle Blätter und alles Obst, fogar
die Fruchtzweige von den Bäumen, ja von den
Zweigen selbst die Rinde bis auf den Stamm
herab zerklagen war. In weiteren 1
Markungen sind Schloßen von der Größe von
Laueneiern gefallen, die jeden Feldertrag mit
Ausnahme der Wurzelgewächse zerstört haben.
24 weitere Markungen haben durch Schloßen
von Wäldungsgröße noch einen Schaden von
etwa $\frac{1}{2}$ des Ertrages, 7 weitere durch solche
von Hufeisengröße Schädigung von $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ des
Ertrages erlitten. Der Schadenstrich in Württem-
berg beginnt nach amtlicher Untersuchung an der
Nordwestgrenze des Oberamts Bradenheim, erstreckt
sich über die nordwestliche Hälfte des Heilbronn-
Bezirks, überschreitet den Neckar zwischen Heil-
bronn und Nöckendorf, trifft das südliche Dritte-
theil des Neckarsumers, das nördliche Drittel des
Weinsberger, die nördlichen zwei Drittel des
Döhringer, den südlichen Anzäuf der Münzelsane
und den Nordrand des Haller Bezirks. Schließ-
lich trennt der betroffene Streifen noch das
Oberamt Gerabronn. Im Ganzen mißt die
Länge des Schadenstrichs von der badischen bis zur
bayerischen Grenze nicht weniger als 83
Kilometer und zwar in einer Breite von 7—
10 Kilometern! Die höchste Vernichtungskraft zeigt
das Unwetter in den Oberämtern Weinsberg
und Döhringen, gerade in den besten Weinorten.
Von verhängnisvoller Bedeutung ist die That-
sache, daß von den verhagelten Dörfern fast
beinahe ein Drittel, nämlich 21, seit Beginn der
amtlichen Hagelstatistik (1828), also seit einem

70 Jahren niemals einen Hagelsturz gehabt haben. Sie gehören zu den fälschlicherweise als „hagelsicher“ angegebenen Landstrichen, in denen es für gewöhnlich Niemandem einfällt, in die Hagelversicherung zu gehen. Deshalb ist jetzt die Noth der Betroffenen doppelt schwer, da sie lediglich auf die Wohlthätigkeit angewiesen sind. Weitere neu zu der betroffenen Marungen haben seit über 50 Jahren keinen ernstlichen Hagelsturz gehabt. Was der Hagel frühling ließ, das hat der Sturm vollends vernichtet, für dessen Heftigkeit als Beweis angeführt werden mag, daß in Neckarflum ein schweres Stind Welchsch über die Stadt hinüber an das entgegengesetzte End geführt, bei Massenbach eine mächtige Baumkrone durch die Luft 120 Meter weit fortgerissen wurde. Die ungewöhnlich starke Gemitterbö hat in Neckarflum noch die Kamine der Zahradfabrik und den Thurm der evangelischen Kirchengesellschaft; auf der ganzen Strecke sind ihre Tausende von Bäumen zum Opfer gefallen. Möge die Wohlthätigkeit wenigstens theilweise ersetzen, was die Naturkräfte auf viele Jahre hinaus vernichtet haben!

Wiesbaden, 28. Juli. Für die Ersatzwahl für den verstorbenen nationalliberalen Landtagsabgeordneten Born beschloß die freisinnige

Volksparthei des Landkreises Wiesbaden den Landwirth Stritter in Diebrich als Kandidaten aufzustellen.

Kronberg, 28. Juli. Die Kaiserin Friedrich empfing heute den italienischen Botschafter Grafen Lanza, der zur Mittagstafel gezogen wurde. Oberhofmarschall Graf Eulenburg ist heute von Homburg nach Wilhelmshöhe abgereist.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 28. Juli. Der „Pester Lloyd“ erhält von guter Seite die Mittheilung, die Auf-
fassung Deutschlands, den Sultan nicht zu
Näherung Theßalens zu drängen, so lange
nicht thatsächlich die Leistung der Kriegsent-
schädigung sichergestellt sei, finde bei einigen
vielleicht sogar bei der Mehrzahl der Mächte
Zustimmung und Unterstützung.

Niederlande.

Das neue niederländische Ministerium, das sich am Dienstag konstituiert hat, ist nach streng parlamentarischen Rücksichten gebildet worden. Da die fortschrittliche Richtung in der zweiten Kammer am stärksten vertreten ist, sind auch die wichtigsten Vorlesessitze fortschrittlich besetzt. Die ultramontane und antirevolutionäre Partei ist im neuen Ministerium garnicht, die liberalen nur durch den Minister des Auswärtigen, der Beauftragte der Niederlande in London, während die übrigen Minister mehr oder weniger der fortschrittlichen Richtung angehören. Der Ministerpräsident und Finanzminister, der Abgeordnete Dr. Pierjon, früher Professor der Volkswirtschaftslehre an der städtischen Amsterdamer Hochschule, gehörte bereits wiederholt der Regierung an und hat als Finanzminister des Kabinetts Tal van Boockholt als Reorganisator des Steuerwesens fungiert. Gort van der Linden, der Justizminister, hatte ebenfalls früher einen volkswirtschaftlichen Lehrstuhl an der Amsterdamer Universität inne und war dann als Raadadviseur, der über sämtliche Gesetzentwürfe seine Gutachten abzugeben hatte, dem Justizministerium beigegeben; er ist eine sozial-politische Spezialität. Der neue Minister des Innern, Soeman Vorstius, der frühere Redakteur des „Vaderland“ in Haag, gehört dem radikalsten Flügel der liberalen Partei an; auch er hat gründlich sozial-politische Studien gemacht; mit seinem Namen ist die Förderung des unbedingten allgemeinen Wahlrechts verbunden. Letzter, der Minister für Wasserbau, Handel und Industrie, ein hervorragender Ingenieur, tritt zum zweiten Male als Chef dieses Departements auf, da das

bereits Mitglied des Stabrats Lat van Poortvliet gewesen war. Kolonialminister ist der Abgeordnete Gremer, eine sogenannte indische Spezialität, der Indien durch Jahre langen Aufenthalt gründlich kennt und einer der Gründer der blühenden Tabakunternehmungen aus Deli an der Küste von Sumatra ist. Gland der neue Kriegsminister, ist bis jetzt Höchstkommmandirender der sogenannten „Stellung Amsterdam“ gewesen; da er aus der Infanterie hervorgegangen ist, so wird er voransichtlich ein Anfänger der persönlichen Dienstpflicht sein. Er hat den Ruf eines tüchtigen hochgelehrten Militärs. Der Marineminister Sausen ist Marineingenieur und hat schon einmal an der Spitze dieses Ministeriums gestanden.

Belgien.
Brüssel, 28. Juli. Hiesigen Blättern zufolge werden im hiesigen königlichen Palast bereits Vorbereitungen zum Empfange des Kaisers Wilhelm gemacht, der Ende September hierher kommen werde.

Franfreich.

Paris, 27. Juli. Der Ministerpräsident Melne, genannt der Vater der Schutzzölle, war vorgestern der Fiskalkommission der Municipalität von Peronne (Somme) und hielt als solche eine Rede, in der er die Güte seines Wertes mit einer Zuerkennung lobte, die ihm nicht nur von den Sozialisten, für die es gleichzeitig einige Vögel abgibt, verachtet wird. Er versicherte, die Landwirtschaft sei seit 1892 „von Sieg zu Sieg geehrt“, und da es keine Siege ohne Niederlagen gibt, so hält man dem Premier entgegen, er hätte Luredit, die Befestigten jenseits der Landesgrenzen, die er absperrern ließ, suchen zu wollen, sie befinden sich in Frankreich selbst — er könnte sich beim Lesen der statistischen Berichte über die Einfuhr und Ausfuhr davon überzeugen. Auch wendet man ein, wenn er den materiellen Erfolg seiner Schutzzöllebeziehung für erreicht hält, so hätte er kürzlich nicht eine Verdrängung derselben unterstützt, das sogenannte „Vorleichen“, welches die Regierung ermächtigt, die Einfuhr von Getreide, Schlachtvieh und frischem Fleisch zum Nutzen der Landwirthe, der nicht mit denen der übrigen Bevölkerung identisch ist, zeitweilig zu verbieten und erst nachträglich die Einwilligung des Parlaments einzuholen.

Wenn Herr Meline in Peronne nicht auf den Boden des Kampfes mit dem Sozialismus übergegangen wäre, so hätte er jetzt in Paris geradezu eine „fledete Presse“; denn Paris, wie alle großen Städte, ist ausgesprochen freihändlerisch, weil seine Industrie unter den Schutzzöllen sehr empfindlich leidet, und sogar die regierungsfreundlichen Blätter machen einen Unterschied zwischen dem Konseilpräsidenten und dem Auerabaminister Meline. Der letztere, der sein System und dessen Segnungen pries, mußte sich weitgehende Vorbehalte gefallen lassen, während der erstere, der mit dem Abgeordneten Delcland, dessen Kammerrede über die Lage der Landwirtschaft in Frankreich, die bereits erzielten Verbesserungen und die in Aussicht genommenen Reformen befuhr, Erleichterung der Kreditverhältnisse amtlich durch Maneranschlagn in allen Gemeinden verbreitet worden ist, die Sozialisten abwehrte und ihre Angaben Lügen straft, überall Beifall findet. Die „Stülzinger“ und „Hörsbieler“, deren Propaganda unter dem Bauernvolk er um so gekosteter nannte, als sie sich auf Trümmern stütze, die von jenseits des Rheins herübergeholt worden sind, lohnen es ihm ihrerseits mit einer Fluth von Schmähungen und Versprechen in den nächsten Kammerwahlen den Beweis liefern zu lassen, daß ihre Theorien schon feste Wurzeln gefaßt haben, und daß die ländliche Bevölkerung allerdings disziplinirt ist, wie er sagte, aber disziplinirt nicht zur Vertheidigung des

Defekthenden, sondern um die Unterstützung herbeiführen zu helfen, die sie allein aus den Fesseln des Kapitalismus und der Finanzoligarchie befreien könne. Auch als Wohltäter der Landwirtschaft findet der Vater den Schutzgölle keine Gnade vor den Augen des Sozialisten, die ihm wenigstens für seine Absichten Anerkennung zollen sollten, welche scheinbar mit den übrigen übereinstimmen. Spöttisch fragt die „Petite République“, deren Chefredakteur nicht mehr der sozialistische Abbeotat Millard, sondern der kollektivistische Ex-Lapazier Geraint Millard ist: „Verlangen etwa die Landwirtschaft ihr Getreide seit der Erhöhung der Getreidegölle die Weinbergbesitzer ihren Wein seit dem Verbot der Einfuhr von Rosinen, die Bauern des Nordens ihre Munkelrüben seit der Bewilligung der Zuckerpriämien zu vorteilhafteren Preisen?“ Und die Antwort lautet: „Im Gegenteil, die Getreidepreise gehen von Jahr zu Jahr zurück. Die Weinbergbesitzer sind so schlimm daran wie zuvor, und den Zuckerrübenbauern ergeht es nicht besser. Daran sind die Spekulanen und die Wucherer schuld, welche unter dem heutigen Regime den Produzenten ausbeuten und den Konsumenten auszehren dürfen.“ Ja, sogar an den immer häufiger werdenden Selbstmorden muß die Bourgeoisie-Republik schuld sein. Wisse, hatte man geglaubt, neben dem Alkoholisismus wäre die wachsende, ansteigende Nervosität unserer Fernsprech- und Fahrrad-Zeit die Hauptursache der Selbstzerstörungssucht, die sich auf die Kinder aller Stände ausdehnt und unter den Frauen mehr Opfer fordert, als noch vor zehn Jahren; aber die „Petite République“ weiß das besser.

Spanien und Portugal.

Madrid, 22. Juli. In denselben Augenblicke, wo die liberale Partei durch den Minister's anerkannten Führer sich auf den Standpunkt der kubanischen Autonomisten stellt und ihr Programm durch Annahme der von letzteren aufgestellten Forderungen erweitert, gewinnen diese natürlich auf einmal an Bedeutung und jedermann fragt sich: was will denn jene Gruppe? Was die Autonomisten stets verlangt haben, ist, daß die aus Wahlen hervorgegangene Vertretung Kubas die Einnahmen und Ausgaben der Insel mit Ausnahme derjenigen, die sich auf Heer, Marine, Diplomatie und Gerichtswesen beziehen, festsetzt und daß der Gouverneur, ein Zivilist, sich mit Beamten zu umgeben hat, die bei den gewählten Vertretern angesehen sind, mögen sich im übrigen Minister, Sekretäre, Bureauchefs oberhalb befinden. Sie verlangen die Vornahme der Wahlen nach dem allgemeinen Stimmrecht. Sie verlangen ferner für Kuba dieselben politischen Rechte, die hier bestehen, sobald es alsbald künftig ziemlich schwer sein dürfte, den separatistischen Bestrebungen beizukommen. Da die Autonomisten in geistlicher Hinsicht das jetzige System für eine totale Ausbeutung halten, so sind sie der Ansicht, daß die Ausgaben getheilt werden müssen in solche, die Mutterland und Kolonie gemeinsam zu tragen haben, und solche, die nur einen örtlichen Charakter tragen. Zuerst rechnen sie die Zivilliste, die Staatsgebäude (nämlich kubanische und spanische zusammen genommen) und die oben genannten Verwaltungszweige. Diese Ausgaben sollen gleichmäßig zwischen Spanien und Kuba vertheilt werden, wobei die Verwaltung der beiden letzteren, wo

...bbel die Einwohnerzahl der selbstständigen Pro-
vinzen die Grundlage bilden würde. Au-

Spanien würde also bei weitem der Haupttheil fallen, während Kuba verhältnißmäßig nur einen kleinen Beitrag zu zahlen haben würde. Für die Kosten der übrigen Verwaltungszweige hat jeder Theil selbst aufzukommen. Was die wichtige Reformfrage anbelangt, so soll nach dem autonomen

...mystischen Programm von den Artifeln, die zur
Sehensunterhalt notwendig sind, sowie von Mo-

schienen drei Prozent vom Werth und von den übrigen in aufsteigender Scala bis höchstens zehn Prozent erhoben werden. Den spanischen Erzeugnissen soll im Uebrigen die Meißbegünstigung gewährt werden, aber Unterscheidungs- und Ausfuhrzölle sollen wegfallen. Es ist klar, daß unter solchen Umständen der Löwenanteil des künftigen Geschäfts den Vereinigten Staaten zufallen würde. Ferner verlangen die Autonomisten eine Trennung der militärischen und zivilen Befugnisse, mit anderen Worten der kommandirende Offizier soll nicht mehr gleichzeitig Gouverneur sein. An der Spitze der insularen Verwaltungen sollen Sekretäre stehen, die zwar vom Gouverneur ernannt und abgesetzt werden können, die aber der kubanischen Vertretung gegenüber verantwortlich sind. Der Gouverneur soll allerdings den Befehlssachen der Deputation gegenüber ein innerhalb einer bestimmten Zeit auszuübendes Vetorecht haben. Letztere befaßt sich über alle öffentlichen Finanz- und Verwaltungsangelegenheiten, Festlegung der Steuern und Zölle unbegriffen. Ob die Kubaner für eine derartige Selbstverwaltung bereits reif sind, ist natürlich eine andere Frage. Keinem einsichtigen Politiker werden die angedeuteten Gefahren dieses Experimentes, das Letzten, die in der gefährlichen Schule der Manigua groß geworden sind, einen großen Einfluß im öffentlichen Leben zuweilt, entgehen; aber es bleibt den Spaniern wohl nicht viel anderes übrig, wenn sie wieder zu friedlichen Zuständen zurückkehren wollen. Uebrigens magt sich lehtlich unter den Autonomisten eine Nüchternung geltend, die noch einen Schritt weiter geht und eine rein parlamentarische Autonomie verlangt, wobei auch die Ernennung der Beamten, die natürlich Kubaner sein müssen, nicht mehr vom Gouverneur, sondern von der Deputation abhängen würde. „Um zum Frieden zu gelangen,“ heißt es in einer Flug-schrift, die ein Führer dieser Richtung kürzlich veröffentlicht hat, „ist es nöthig, alle Welt davon zu überzeugen, daß alles, was man durch die Unabhängigkeit erreicht haben würde, und noch mehr, jetzt durch die Selbstverwaltung erlangt wird. Der größte Theil der Autonomisten wird nichts zum Frieden beitragen, wenn er nicht sicher ist, daß Cuba künftig sich selbst regieren und seine Lasten abjütteln wird. Es genügt nicht mehr, den Leuten von Autonomie und Frieden zu sprechen; es ist vielmehr nöthig, genau klarzulegen, welche Zustände morgen eintreten, in welchem Verhältnisse die Ausgaben und Kosten zwischen Mutterland und Kolonie vertheilt werden sollen. Wenn man in dieser Hinsicht nicht ganz bestimmte Verpflichtungen einget, möge man nicht auf eine friedliche Beilegung des Zwistes hoffen, und selbst wenn es

trotzdem gelange, den Frieden wiederherzustellen würden weder Spanien noch Kuba etwas dadurch gewinnen, denn schon am folgenden Tage würden neue und unwidriglich noch heftigere Streitigkeiten ausbrechen." Diese Sprache hat, wie man sieht, wenigstens den Vorzug der Deutlichkeit.

England.

London, 28. Juli. Nach einem amtliche Telegramm aus Kapstadt wurde Mashingomb ein hervorragender Rebellenführer in Rhodesia getödtet, während er versuchte, die Truppenlinie zu durchbrechen, welche seine Stellung einschloß. 700 Rebellen wurden gefangen genommen.

Dem „Reuter'schen Bureau“ wird mitgetheilt, die Meldung des „Newyork Herald“, wonach die Insel Palmyra kürzlich von den Engländern in Besitz genommen sei, sei durchaus irrig, da diese Insel sich bereits seit dem Jahre 1888 in britischem Besitz befinde.

Rußland.

Petersburg, 28. Juli. Kaiser Wilhelm trifft am 26. Juli alten, 7. August neuen Stils um 11 Uhr Vormittags mit großem Geschwade, ein Fahrzeug, 5000 Mann Begleitung ein. Die Schiffe bleiben nach den Festlichkeiten noch eine Zeit lang zu Uebungen im Baltischen Meer. Präsident Jaure's Flotte ist klein und besteht aus den Kreuzern "Brut", "Pothnan" und "Misjo Surcouf". Dem deutschen Geschwade fährt die Yacht "Alexandria" entgegen. Später folgt Empfang in Peterhof, Nachmittag der Minister und Würdenträger. Nachmittags Beise bei den Mitgliedern der kaiserlichen Familie. Abends Gala-Diner. 27. Juli (8. August) Kaiser und Kaiserin besuchen die Festungskirche und legen Kränze an den Gräbern nieder. Hier auf Gottesdienst im Alexander-Hospital, später in der deutschen Botschaft beim Fürsten Nabolin. Empfang der deutschen Deputation. Hieran Frühstück in der Botschaft. Empfang des diplomatischen Corps im Winterpalais. Abends sechs Uhr: Besuch des Lagers in Krasnoe Selo. Zapfenstreich und Gala-Vorstellung (Ballet) dort selbst. 28. Juli (9. August): Kaiser-Parade. Frühstück im Lager, Abends Gala-Vorstellung auf der Olga-Insel, "Abenteuer des Pelens". 29. Juli (10. August): Programm noch unbestimmt. Abends: Illumination und Feuerwerk in Peterhof, Thee in Montplaisir. 30. Juli (11. August): Früh Abreise des Kaiserpaars.

Asien.

Bombay, 28. Juli. In Poona sind heute weitere Verhaftungen wegen Anfechtung gegen die britische Regierung vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich Eshoo, Madown und Bal, welche zusammen mit dem schon verhafteten Tilak das Blatt „Kessari“ in der Sprache des Eingeborenen herauszugeben hatten; die Drucker wurde durchsucht; mehrere Bücher und Blätter wurden durch die Polizei beschlagnahmt. Eshoo und Tilak werden nach Bombay zur Untersuchung geschickt werden. Weitere Verhaftungen werden erwartet.

Africa.

Samra 28. Juli. Der Jaalim-Stamm, welcher sich kürzlich gegen den Kassali auf-
lehnt hat, errichtet zusammen mit dem Kassali-
Stamme einen bewaffneten Posten in Gakru.
Der befreundete Gowanir-Stamm griff Gakru
an und tötete viele Derwische, darunter einen
einflussreichen Emir. Wie ein Augenzeuge der
Kampfes zwischen den Jaalim und den Der-
wischen berichtet, wurden die ersten ge-
schlagen. Beide Theile erlitten schwere Verluste.
Die Jaalim kämpfen verzweifelt, bis ihnen die
Munition ausging. Viele der geschlagenen
Jaalim flohen nach Dongola, wo sie sich mit den
egyptischen Regierungstruppen vereinigten. Die
Einnahme von Metemneh durch die Derwisch-
 wird bestätigt.

Amerika.

Newport, 28. Juli. Dem **Memorandum** wird aus Washington gemeldet: Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Honolulu, Swall, hat heute auf dem Drahtwege über San Francisco mit, daß die Engländer die 100 Meilen südwestlich von Hawaii gelegene Palmyra-Insel besetzt hätten. Das Blatt fügt hinzu, nach einer Erklärung der hawaiischen Regierung sei Palmyra zu Hawaii gehörig, und schlägt vor, daß, falls die Rechte Hawaiis an diese Insel durch eine von den Vereinigten Staaten geführte Untersuchung bestätigt werden sollten, der Präsident von Hawaii zu einem Prozeß gegen die Annexion der Palmyra-Insel veranlaßt werde.

Arbeiterbewegung.

— Zuzug von Bauarbeitern nach Berlin hat sich in diesem Jahre in großem Maße bemerkbar gemacht. Verursacht wurde derselbe in erster Linie durch die Streiks im Maurer- und Zimmerergewerbe, sowie ferner auch durch die verhältnißmäßig günstige Konjunktur des Jahres 1897. Einen großen Rückschlag für die zugezogenen Maurer und Zimmerer bot auch der neugegründete Arbeitsnachweis des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, der Jedem, der die Forderungen des Schützgenossenschaftsminimalkontaktes nicht stellte, Arbeit weis, während in früheren Jahren für den Ortsunkundigen das Suchen nach Arbeit mit großen Schwierigkeiten verbunden war. — Alles in Allem wurde die diesjährige Streikzeit im Maurer- und Zimmerergewerbe auf den Arbeitsmarkt des nächsten Jahres einen großen Rückschlag ausüben. Die Zahl der Arbeitsuchenden wird eine größere, die der Arbeitsstellen vorwiegend eine kleinere sein, so daß die Arbeitslosigkeit abermals an Umfang zunehmen wird.

Beizig, 27. Juli. Ueber Sozialdemokraten als Arbeitgeber sprach sich eine Versammlung der hiesigen Binderundmachmeister recht unwillig aus. Sie gab den Leitern der Sozialdemokratischen Binderzunft ihre Mißbilligung zu erkennen, weil deren Benehmen gegen die Arbeiter „prognostischer als das jedes anderen Unternehmens sei“. Man sollte es jeden fühlen, wenn er in gewerkschaftlichen Dingen zc. eine andere Meinung vertreten, und stets werde gesagt, daß „man ja gehen könne, wenn es einem nicht passe“.

te Rate der Kriegsschädigung zu zahlen.